

Die Dilemmata des Westens

Kriege in Nahost und der Ukraine

von ■ Peter Wahl

Es läuft schlecht für den Westen. »Die Lage der Ukraine ist dramatisch. Es fehlt an Munition, Nachschub und Soldaten«, heißt es selbst bei der treuesten Gefolgschaft Kiews (Bild am Sonntag, 11.2.2024, S. 4). Und die FAZ befürchtete schon im letzten Sommer, dass »Kiew den Krieg verlieren könnte« (22.8.2023, S. 1). Stellvertreterkriege funktionieren nun mal nur so lange, wie der Stellvertreter zur Kriegsführung in der Lage ist. Die Sponsoren Kiews stehen deshalb vor der Wahl, durch die Lieferungen von noch gefährlicheren Waffen als bisher zu eskalieren oder sich allmählich zu einen Kompromissfrieden zu bequemen. Wie die Debatte um *Taurus* und Macrons Bodentruppenmanöver zeigen, ist man sich nicht einig und fährt daher vorerst business as usual.

Unterdessen läuft für die Ukraine die Zeit davon.

Es läuft schlecht für den Westen – auch im Gaza-Krieg. In einem halben Jahr hat die israelische Kriegsführung zu mehr als doppelt so viel Ziviltoten wie zwei Jahre Ukraine-Krieg (UN-Angaben)¹ geführt und Gaza auf lange Zeit unbewohnbar gemacht. Im Globalen Süden wird die im Vergleich zur Russland-Politik des Westens großzügige Nachsicht für die israelische Kriegsführung als moralischer Bankrott des Wertewestens gesehen. Die Hoffnungen, im Süden doch noch Länder für die Koalition der Willigen gegen Russland zu gewinnen, sind damit endgültig geplatzt. Alle Versuche selbst Washingtons, der Kriegsführung Israels wenigstens ein paar humanitäre Zügel

anzulegen, sind bisher gescheitert. Benjamin Netanjahu macht, was er will, nämlich weiterhin Fakten schaffen, mit denen die Zweistaatenlösung für immer blockiert wird und sich das Ziel von

Peter Wahl hat Gesellschaftswissenschaften mit Schwerpunkt Internationale Beziehungen und Romanistik in Mainz, Aix-en-Provence und Frankfurt a.M. studiert. Er war in Nord-Süd- und entwicklungspolitischen Zusammenhängen tätig, u.a. in der NGO »Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung – WEED«. Im Jahr 2000 gehörte er maßgeblich zu den Gründern des globalisierungskritischen Netzwerks Attac in Deutschland. Ende 2023 erschien von ihm die Flugschrift »Der Krieg und die Linke«, gemeinsam mit Thomas Sablowski gibt er den im April erscheinenden Band »Europäische Integration in der multiplen Krise« heraus (beide im VSA: Verlag).

¹ OHRCR, 22.2.2024. www.ohchr.org/en/press-releases/2024/02/ukraine-turk-deplores-horrific-human-cost-russias-full-scale-invasion-enters.



Foto: dpa/picture alliance

Groß-Israel *from the river to sea* erreichen lässt.

Der Westen steht in beiden Kriegen vor Dilemmata. Ein Dilemma ist ein nicht so einfach und vor allem nicht kurzfristig zu lösender Widerspruch.

Ukraine-Krieg an einem kritischen Punkt

So bleiben die russischen Truppen, nachdem sie mit Awdijiwka die am stärksten ausgebaute Festung der Ukraine erobert haben, in der Offensive und rücken an mehreren Frontabschnitten vor. Zwar geht es dabei immer nur um wenige Kilometer, aber auch im Krieg gibt es so etwas wie Kippunkte – strategische Wendepunkte, wie es Stalingrad im Zweiten Weltkrieg war, als die Deutschen lange vor Kriegsende die strategische Initiative verloren. Ob Awdijiwka so ein Wendepunkt war, wird erst die Zukunft zeigen. Es ist aber nicht auszuschließen, dass es über kurz oder lang zu einem militärischen Durchbruch Russlands mit entsprechenden Kettenreaktionen kommt.

Denn kurzfristig wird sich am Mangel an Munition und Gerät nichts ändern. Wie der US-Militärexperte Eric Schmidt in *Foreign Affairs* darlegt, würde selbst die US-Rüstungsindustrie einige Monate brauchen, um die Produktion so hochzufahren, dass die Ukraine den russischen Truppen wenigstens Gleichwertiges entgegensetzen könnten.² Aber in Washington ist Funkstille. Das Hilfspaket über 61 Mrd. Dollar ist im Kongress blockiert. Ob es zur Freigabe kommt ist ungewiss. Ein klassisches Dilemma also, das erst in einigen Monaten zu lösen wäre – wenn überhaupt.

Denn die EU ist nicht in der Lage, den Ausfall der USA zu kompensieren. Sie hat schon von der für 2023 versprochenen eine Million Granaten nur ein knappes Drittel liefern können. Und wenn Ratspräsident Charles Michel jetzt erklärt, die EU müsste »in den Modus der ›Kriegswirtschaft‹ übergehen«,³ dann ist das kurz vor den Wahlen zum EU-Parlament vor allem heiße Luft. Aber die militaristische Rhetorik ist zu einem Symptom für die Skrupellosigkeit geworden, zu der der Propaganda-Talk inzwischen heruntergekommen ist; zum

anderen aber auch ein Zeichen dafür, dass sich Panik im herrschenden Block ausbreitet.

Das demografische Problem hinter dem Soldatenmangel

Denn mindestens ebenso wichtig wie die fehlende Munition ist der Mangel an Militärpersonal. Dahinter steckt ein dramatisches demografisches Problem. Hatte die Ukraine nach Ende der Sowjetunion 51,5 Millionen Einwohner, so waren es bei einer Volkszählung 2019 noch 37,5 Millionen.⁴ Bei dem Rückgang um 14 Millionen ist zwar der Verlust der Krim und der damaligen Separatistengebiete in der Größenordnung von fünf Millionen eingerechnet, aber rund neun Millionen gehen auf das Konto von Wirtschaftsmigration.

Das ist nicht verwunderlich, denn von allen postsowjetischen Volkswirtschaften war die Wohlstandsentwicklung, gemessen am Pro-Kopf-Einkommen, in der Ukraine mit Abstand am schlechtesten. 2020 betrug es nach IWF-Angaben (in Kaufkraftparitäten) 9.282 USD; in Aserbaidschan waren es 18.076, in Weißrussland 20.003, in Kasachstan 27.550. In Russland sogar 29.276, also mehr als dreimal so viel wie in der Ukraine.⁵ Im weltweiten Ranking lag die Ukraine vor dem Krieg hinter Sri Lanka, Barbados und Südafrika auf Platz 96.

Seit Beginn des Krieges sind weitere sechs Millionen Menschen in den Westen geflüchtet. Darunter ca. 600.000 Männer in wehrpflichtigem Alter. Mit der Besetzung der Gebiete Saporoschje und Cherson durch Russland dürften noch einmal zwei bis drei Millionen Menschen dem Zugriff Kiews entzogen sein, sodass gegenwärtig eine Bevölkerung in der Größenordnung von 28 Millionen bleibt. Zieht man Frauen, Alte und Kinder sowie Gefallene, Kriegsverwehrte und 800.000 ohnehin schon aktive Soldaten ab, und berücksichtigt, dass ein Land auch Facharbeiter, Ingenieure, Ärzte, Lokführer, Landwirte, Lehrer und Fernfahrer braucht, wird verständlich, wenn Springers *Welt* – ansonsten stramm auf Linie – titelt: »Die verzweifelte Suche nach Soldaten« (14.3.2024, S. 6). Russland verfügt

dagegen in dem Abnutzungs- und Erschöpfungskrieg über eine Bevölkerung von ca. 145 Millionen.

So sehen Dilemmata aus!

Risse im herrschenden Block

Um die Ratlosigkeit, wie aus dem Dilemma herauszukommen wäre, zu verdecken, hat die Propagandawalze wieder enorm Fahrt aufgenommen. Als Papst Franziskus die Selbstverständlichkeit aussprach, dass verhandeln »niemals ein Sich-Ergeben [ist]. Es ist der Mut, das Land nicht in den Selbstmord zu führen« (tagesschau online, 10.3.2024), brach im herrschenden Block und seinen Medien ein hysterischer Shitstorm aus. Dabei sind Verhandlungen Verpflichtung aus der UN-Charta, an erster Stelle für die ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats. Dementsprechend fordert die UN-Vollversammlung in ihrer Resolution vom März 2022, in der der russische Einmarsch verurteilt wird, »die sofortige friedliche Beilegung des Konflikts zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine durch politischen Dialog, Verhandlungen, Vermittlung und andere friedliche Mittel«. Jüngst hat auch China wieder einen Sondergesandten nach Moskau, Kiew, Warschau, Berlin, Paris und Brüssel geschickt, und der indische Staatschef Narendra Modi hat am 20. März im Telefonat mit Wolodymyr Selenskyj zu einer politischen Lösung aufgefordert.⁷

Doch in der innenpolitischen Diskussion sind Verhandlungen ein regelrechtes Tabu. Wenn der SPD-Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich vorsichtig die Frage aufwirft, ob man den Konflikt nicht einfrieren könne, bricht ein Proteststurm der Pickelhaubenfraktion mit Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Johann Wadephul und Anton Hofreiter an der Spitze los, assistiert von ihren journalistischen Flakhelfern. Immerhin scheint die SPD-Fraktion bisher hinter Mützenich zu stehen.

Da werden nach der Taurus-Debatte weitere Risse im herrschenden Block sichtbar. Gewiss sind die Motive bei der SPD nicht nur lauterer Friedenswille. Die Partei liegt in Umfragen um die 16%, und bei den kommenden Landtagswahlen im Osten droht ihr ein De-

saster. Wie die Umfragen zu Taurus-Lieferungen zeigen, gibt es eine klare Mehrheit in der Bevölkerung gegen eine Eskalation. Da könnten noch Chancen für die SPD liegen. 2003, als Gerhard Schröder sich im Verein mit Jaques Chirac und Wladimir Putin nicht an der *Koalition der Willigen* im Irak-Krieg beteiligte – übrigens anders als die Ukraine, die damals das sechstgrößte Kontingent von 36 stellte –, hat das schon einmal funktioniert.

Wenn die Gegner von Verhandlungen überhaupt noch argumentieren, dann mit der Behauptung, Moskau wolle gar nicht verhandeln. Abgesehen davon, dass es immer wieder Statements von Putin und Außenminister Sergej Lawrow gibt, in denen durchaus Verhandlungsbereitschaft signalisiert wird, so unterschlägt das Argument, dass Konfliktparteien immer mit Maximalpositionen in Verhandlungen hineingehen. Es hängt dann im weiteren Verlauf davon ab, welche Zugeständnisse auf beiden Seiten gemacht werden. Insofern soll die pauschale Ablehnung von Verhandlungen nur kaschieren, dass man noch immer der Illusion eines Siegfriedens anhängt.

Macrons Kehrtwende

In einer Rede vor seinem diplomatischen Korps 2019 hatte Emmanuel Macron über die Beziehungen der EU zu Russland Erstaunliches geäußert: »Ohne Zweifel hat Europa keine gute Strategie verfolgt und den Eindruck vermittelt, das Trojanische Pferd eines Westens zu sein, dessen Ziel letztlich ist, Russland zu zerstören. [...] Ich glaube, wir müssen eine neue Sicherheitsarchitektur in Europa schaffen, denn der europäische Kontinent wird niemals stabil sein, wird niemals sicher sein, wenn wir nicht unsere Beziehungen mit Russland klären.«⁸ Im deutschen Kontext wäre so etwas schon lange vor dem Krieg als Putinversteherei etikettiert worden.

Ursprünglich hatte sich Macron sogar dafür eingesetzt, dass Russland wieder am G7 in Biarritz 2019 teilnimmt, war aber auf Ablehnung bei den anderen G7 Ländern gestoßen. Deshalb hatte er den Duz-Freund Wladimir vor dem G7 zu einem bilateralen Treffen eingeladen.

Selbst nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine, als andere der Überzeugung anhängen, Russland ruinieren und die NATO-Flagge in Sewastopol hissen zu können, meinte er noch: »Man darf Russland nicht demütigen, damit wir am Tag, an dem die Kämpfe enden, einen diplomatischen Ausweg finden können. Ich bin überzeugt, dass dies die Rolle Frankreichs ist, eine vermittelnde Kraft zu sein.« (Die Welt, 9.6.2022, S. 5)

Wie erklärt sich nun die Wende um 180 Grad mit Überlegungen, möglicherweise Bodentruppen in die Ukraine zu schicken und eine aggressive Rhetorik gegen Russland? Dafür gibt es mehrere Motive, die allerdings wenig mit Russland, aber viel mit Frankreich zu tun haben. Zwei davon mit besonderem Gewicht.

Erstens ist es ein Grundmuster französischer Außenpolitik, möglichst immer eine Sonderrolle zu spielen. Vor allem gilt es, sich gegenüber den USA und Deutschland abzuheben. Dass der Westen unter US-Hegemonie steht, ist für das Selbstwertgefühl französischer Außenpolitik schwer zu verdauen. Die Parole von der *strategischen Autonomie* für die EU gehörte daher von Anfang an zu Macrons Markenkern. Die Ära Trump hatte dazu beträchtlichen Spielraum geschaffen. Denn von einer größeren Distanz zu Washington verspricht sich die einzige Atommacht in der EU und ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrats eine Führungsrolle. Das wäre zugleich ein Gegengewicht zur wirtschaftlichen Stärke Deutschlands. Die Biden-Administration hatte aber den Transatlantismus schon vor dem Ukraine-Krieg reanimiert und die *strategische Autonomie* lag daher auf Eis. Der Ausfall der USA bei der Unterstützung der Ukraine und ein möglicher Wahlsieg Trumps gibt der Sehnsucht nach *strategischer Autonomie* aber jetzt wieder Auftrieb, zumal die internationale Stellung Frankreichs durch den Rauswurf aus der Sahelzone angeschlagen ist.

Allerdings gehört zu Olaf Scholz' »Zeitenwende« ja auch: »Deutschland muss den Anspruch einer Führungsmacht haben. Nach knapp 80 Jahren der Zurückhaltung hat Deutschland heute eine neue Rolle im internationalen Koordinatensystem«, wie ein

SPD-Ko-Vorsitzender formulierte.⁹ Der herrschende Block in Deutschland ist zudem mehrheitlich transatlantisch orientiert. So hat sich Scholz nicht nur mit seiner Position zu Taurus vorher in Washington abgesichert, sondern ebenso wie die Biden-Administration Macrons Gedankenspiele zu *boots on the ground* klipp und klar abgelehnt.

Zwar hat Macron seinen Vorstoß inzwischen zur *strategischen Ambiguität* nobilitiert, d.h. das bewusste im Unklarenlassen des Gegners über die eigenen Absichten, aber die Widersprüche über den Fortgang des Krieges im westlichen Lager sind jetzt offen zutage getreten. Außer notorischen Scharfmachern im Osten, wie dem polnischen Außenminister Radosław Sikorski und den Balten, ist sonst niemand auf die französische Linie eingeschwenkt.

Als zweites Motiv kommt die Innenpolitik ins Spiel. Vor den Wahlen zum EU-Parlament liegt nach den Umfragen das *Rassemblement National (RN)* Marine Le Pens mit 31% Mitte März um satte 13% Punkte vor dem zweitplatzierten Bündnis Macrons mit nur 18%.¹⁰ Sollte das Wahlergebnis auch nur annähernd so aussehen, wäre das eine spektakuläre Blamage für Macrons Großmachtambitionen. Deshalb versucht er jetzt, sich als Retter Frankreichs und Europas zu präsentieren, der sich mutig den Horden aus dem Osten entgegenstemmt. Le Pens Partei versucht er als Fünfte Kolonne Moskaus hinzustellen.

² Schmidt, Eric: Ukraine Is Losing the Drone War. How Kyiv Can Close the Innovation Gap with Russia. Foreign Affairs, January 22, 2024.

³ Michel, Charles: If we want peace, we must prepare for war. In: Euractiv, 18.3.2024. www.euractiv.com/section/defence-and-security/opinion/if-we-want-peace-we-must-prepare-for-war/ (Übers. aus d. Englischen: P.W.).

⁴ Kallok, Richard: Die demografische Katastrophe der Ukraine. In: Overton, 26.1.2024. overtone-magazin.de/top-story/die-demografische-katastrophe-der-ukraine/.

⁵ IMF database: www.imf.org/en/Data.

⁶ Vereinte Nationen, Generalversammlung, Resolution A/RES/ES-11/18. März 2022.

⁷ German Foreign Policy, 21.3. 2024. www.german-foreign-policy.com/news/detail/9519.

⁸ Discours du Président de la République à la conférence des ambassadeurs. www.elysee.fr/emmanuel-macron/2019/08/27/discours-du-president-de-la-republique-a-la-conference-des-ambassadeurs-1 (Übersetzung aus d. Französischen: P.W.).

⁹ Klingbeil, Lars (2022): Rede zur Zeitenwende. 22.6.2022. Berlin.

¹⁰ Ipsos: www.ipsos.com/fr-fr/europeennes-2024-le-rassemblement-national-creuse-lecart.

Tatsächlich vertritt RN Positionen zu Russland, wie Macron früher selbst – siehe oben. Hinzu kommt allerdings als weiteres Motiv der Rechtspopulisten für Sympathien mit der konservativen Gesellschaftspolitik in Russland, dass Le Pen 2014 einen Kredit über neun Mio. Euro bei einer russischen Bank aufgenommen hatte, nachdem alle französischen Institute ihr Kredit verweigert hatten. So etwas macht im gegenwärtigen Klima natürlich angreifbar. Allerdings lehnt nicht nur das RN Macrons Volte ab, sondern auch Jean-Luc Mélenchons *La France Insoumise*, die *Kommunistische Partei* und selbst die französischen Grünen und Teile der Sozialdemokraten haben sich davon distanziert.

Inzwischen ist bekannt geworden, dass die Staatsausgaben 2023 nicht wie ursprünglich geplant 4,9% betragen, sondern mit 5,6% weiter aus dem Ruder gelaufen sind. Prompt hat der Präsident Sparmaßnahmen vor allem bei den Sozialausgaben und den Kommunen angekündigt (Le Figaro online, 22.3.2024). Das wird seine Chancen bei den EP-Wahlen nicht erhöhen.

Macron hat sich außen- und innenpolitisch in ein Dilemma geritten, aus dem er kaum erfolgreich herauskommen dürfte.

Gaza

Der Gaza-Krieg kam für den Westen höchst ungelegen. Er lenkt nicht nur Aufmerksamkeit und Ressourcen vom ukrainischen Schauplatz ab, sondern legt auch mehrere Widersprüche der westlichen Politik offen. An erster Stelle steht dabei die Doppelmoral in humanitären Fragen. Dass das abscheuliche Massaker der Hamas an über tausend israelischen Zivilisten keine Rechtfertigung für einen Militäreinsatz mit über 30.000 toten Zivilisten als »Kollateralschaden« ist, müssen selbst hartgesottene Anhänger der sogenannten deutschen Staatsraison inzwischen zugeben. Außerhalb der medialen Blase hierzulande ist die Wirkung verheerend und wird in der Weltöffentlichkeit auf Jahre hin das Image Israels und seiner treuesten Verbündeten prägen.

Damit gehen zweitens auch doppelte Standards im Umgang mit dem Völker-

recht einher. Das Prinzip der Verhältnismäßigkeit gilt auch in den internationalen Beziehungen. Zwar missachtet Israel mit seiner Besatzungspolitik oder der Annexion des Golanhöhen – von Washington übrigens formell anerkannt – schon seit Jahrzehnten notorisch das Völkerrecht, aber mit der rücksichtslosen Kriegführung, dem Abschneiden der Wasserversorgung und von Strom und den Schikanen gegen humanitäre Hilfe finden die Rechtsbrüche einen neuen Höhepunkt.

Drittens zeigt der Gaza-Krieg die Brüchigkeit des zentralen Arguments zur Rechtfertigung beider Kriege. Wie das funktioniert, demonstriert Matthias Döpfner, Vorsitzender des Springer-Konzerns: »Und es gibt eine Floskel, die ich nicht mehr ertragen kann: ›Ja, aber‹. Ja, die Angriffe der Hamas sind furchtbar, aber irgendwie muss man auch Verständnis für die andere Seite haben. Was denn ›aber‹? Wofür denn Verständnis? Es gibt da kein Aber.«¹¹

Erhoben wird also ein Absolutheitsanspruch für die Bewertung des Krieges: Ohne Wenn und Aber muss es sein. Der 7. Oktober 2023 wird zum Dreh- und Angelpunkt allen weiteren Geschehens. Geschichte schrumpft auf einen einzigen Tag und ein einziges Ereignis. So als ob es nicht eine Vorgeschichte, einen komplexen Kontext und den weiteren Fortgang gäbe, bei dem ein Krieg die Form verändern könnte, z.B. von der legitimen Terrorismusbekämpfung zum Genozid, oder vom regionalen Krieg zum geopolitischen Stellvertreterkrieg mit Atomkriegsrisiko. Als ob die Akteure nicht zu jedem Zeitpunkt alternative Handlungsoptionen hätten, insbesondere die großen und einflussreichen. Als ob die Geschichte ein Uhrwerk wäre, das einmal in Gang gesetzt – am 7. Oktober 2023 oder am 22. Februar 2022 – automatisch abliefe.

Der Vorteil dieser Art von (Nicht) Denken liegt auf der Hand: Eine komplexe Realität lässt sich auf ein einfaches Schema von Schwarz und Weiß, von Gut und Böse reduzieren. Man muss sich dann nicht mehr der Mühe unterziehen, zu analysieren, sondern kann moralisieren. Das ist in allen Kriegen so, und erleichtert es ungemein, sich der Loyalität an der Heimatfront zu versichern. Wenn

dann aber selbst manche Linke in dieser Logik gefangen sind, dann ist das eine komplette Kapitulation vor dem Geist der Aufklärung, vor kritischer Gesellschaftstheorie und den Erkenntnissen der Friedens- und Konfliktforschung.¹²

Der Westen an seinen Grenzen

Der Stellvertreterkrieg in der Ukraine funktioniert nicht – es sei denn um den Preis einer dramatischen Eskalation. In Nahost gelingt es nicht, Israel zu zügeln. Netanjahu weiß genau, dass die amerikanische Supermacht es sich nicht leisten kann, ihren Stellvertreter in der Region fallen zu lassen. Geopolitisch *too important to fail!*

Die EU ist im Nahostkonflikt marginalisiert und gespalten. Zwischen einerseits den Positionen Spaniens, Irlands und des Außenbeauftragten Josep Borrell, der der Meinung ist, Israel habe die Hamas geschaffen und sie finanziert, »um die palästinensische Behörde der Fatah zu schwächen« (Le Monde online, 20.1.2024), und andererseits der deutschen Nibelungentreue zu Israel und ihrem grotesk überzogenen Anti-Antisemitismus liegen Welten. Im Ukraine-Krieg ist die EU bellizistischer Vorreiter. Aber ohne die USA ist Scheitern vorprogrammiert. Die dünnelhaftige Selbstüberschätzung Brüssels führt einmal mehr in die Sackgasse. Denn Wollen ist eine Sache, Können eine andere.

Insofern sind die beiden Kriege auch Symptome des Umbruchs der Weltordnung. Die 500-jährige Epoche der Dominanz Europas und seines nordamerikanischen Ablegers über den »Rest« der Welt geht zu Ende. Das ist die eigentliche Zeitenwende. Im Jahr 1900 betrug der Anteil Europas ein Viertel der Weltbevölkerung, heute sind es in der EU noch 7% – Tendenz fallend. Statt Konfrontation, Konflikt und Krieg braucht die heraufziehende, multipolare Weltordnung Entspannung, Kooperation und Koexistenz. Eigentlich eine Chance für emanzipatorische Politik – wenn sie denn die Zeichen der Zeit erkennt.

¹¹ Bild am Sonntag; 29. 10. 2023; S. 6.

¹² Siehe hierzu ausführlicher meine Flugschrift »Der Krieg und die Linken. Bellizistische Narrative, Kriegsschuld-Debatten und Kompromiss-Frieden«, Hamburg 2023.